

Wochenbericht

19. Jahrgang

Berlin, den 4. Juli 1952

Nummer 27/28

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft um die Jahresmitte 1952

Bericht des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“
der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn

Die Lage der Weltwirtschaft

Die in der Wirtschaft der westlichen Welt gegenwärtig wirksamen Faktoren auf einen Nenner zu bringen, ist nicht möglich. Verschiedene Symptome, insbesondere die seit März 1951 anhaltende und sich, wie es scheint, fortsetzende Baisse auf den Weltwarenmärkten, dürften auf eine allgemeine Abwärtsbewegung hindeuten. In die gleiche Richtung weist der Rückgang von Produktion und Beschäftigung in den Verbrauchsgüterindustrien wichtiger Länder. Dem steht gegenüber, daß Gesamtproduktion und Gesamtbeschäftigung in fast allen führenden Industrieländern zum mindesten bis in das Frühjahr 1952 hinein noch gewachsen sind.

Die sich hierin ausdrückende zwiespältige Entwicklung ist offenbar daraus zu erklären, daß in den meisten Ländern das Bemühen um Vollbeschäftigung und dazu die Verteidigungsmaßnahmen bisher eine von spezifisch konjunkturellen Schwankungen relativ unberührte ständige Vergrößerung des Wirtschaftsvolumens bewirkt haben. Da jedoch die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder bis jetzt nur unzureichend koordiniert war, führten Übersteigerungen, wie sie der Korea-Konflikt zur Folge hatte und die unausbleibliche Reaktion darauf zu partiellen Spannungen. Infolge der allgemein nachlassenden Konsumneigung ist die Vollbeschäftigungspolitik heute noch dringender geworden. Indessen muß sie nach dem weitgehenden Fortfall der amerikanischen Auslandshilfe und in Anbetracht der besonders in wichtigen europäischen Ländern stark geschrumpften Währungsreserven den aus der fehlenden internationalen Abstimmung der Konjunkturpolitik folgenden außenwirtschaftlichen Spannungen mehr und mehr spürbare Opfer bringen.

Infolge der nicht zuletzt hierin begründeten Vielgestaltigkeit der Faktoren, die in den führenden Industrieländern die Preise beeinflussen, spiegeln sich hier die starken Preisveränderungen der großen Weltwarenmärkte nur abgeschwächt wider. Auf den Weltmärkten ergaben sich in letzter Zeit in der Preisentwicklung der Nahrungsgüter und Industriestoffe stark unterschiedliche Tendenzen. Das knappe Angebot und die anhaltend hohe Nachfrage hielten bis in das zweite Vierteljahr 1952 hinein die Getreidepreise auf relativ hohem Stand; sie waren allerdings weniger durch die Koreahausse beeinflusst worden. Die guten Ernteaussichten in Nordamerika, Westeuropa und im Mittelmeerraum verursachten in jüngster Zeit einen Preisrückgang. Ein weiteres Anhalten dieser Tendenz ist wahrscheinlich. Mit einer ähnlichen Preisentwicklung ist beim Zucker und bei den Nahrungsfetten zu rechnen, zumal hier unter dem Einfluß der Koreahausse die Produktion ausgeweitet wurde. Anders sind die Aussichten auf dem Fleischmarkt zu beurteilen. Hier wird im Vergleich zum Vorjahr ein nur wenig höheres Angebot aus den Exportländern erwartet, dessen Absatz weitgehend durch langfristige Lieferverträge gesichert ist.

Bei den Industrierohstoffen entwickelten sich die Preise für solche Produkte, die überwiegend zur Herstellung von Investitionsgütern benötigt werden, stark unterschiedlich von denen, die der Erzeugung von Konsumgütern dienen. Die vielfach gebundenen Preise von Kohle, Stahl und NE-Metallen pflegen sich nur sehr langsam allgemeinen weltwirtschaftlichen Veränderungen anzupassen. Sie liegen noch über dem „Vorkoreastand“. Der Preis für Stahlschrott ist allerdings in den Vereinigten Staaten bereits wieder bis auf

den Stand vom Juni 1950 herabgesetzt worden. Die amtlichen NE-Metallnotierungen können seit dem Ausbruch des Koreakonflikts nicht mehr als Maßstab der tatsächlichen Preisgestaltung dienen. Die freien Preise bewegen sich ab Frühsommer 1951 langsam, aber stetig abwärts und unterschritten bei Blei und Zink die bisherigen amtlichen Notierungen, die daraufhin fünf- bzw. zweimal gesenkt werden mußten. Die neuerliche Festsetzung des Weltexportpreises für Kupfer brachte auch diesen amtlichen Preis über das Niveau der inzwischen stark gesunkenen freien Notierungen. Die Preise für Wolle und Häute waren in den ersten Apriltagen weit unter den „Vorkoreastand“ zurückgegangen. Bei den Versteigerungen in den Wollerzeugungsländern kam es indessen Ende April und im Mai zu Preisaufbesserungen, deren Dauerhaftigkeit allerdings fraglich erscheint. Die Baumwollpreise waren zunächst rückläufig, wobei eine Anpassung der verschiedenen Provenienzen erfolgte. Da die Vorräte an greifbarer Baumwolle vor der — allem Anschein nach sehr günstigen — neuen Ernte nicht sehr hoch sind, zeichnen sich die nord- und südamerikanischen loco-Notierungen durch relative Festigkeit aus.

Die Rohstoffproduktion der Welt hat in den letzten beiden Jahren stark zugenommen. Zum Teil war dies eine Folge des durch steigende Preise während des Koreabooms gegebenen Anreizes. In welchem Maße die im ganzen rückläufige Preisentwicklung auf den Weltwarenmärkten durch schon eingetretene „Überproduktion“ verursacht ist, kann auf Grund der vorliegenden Daten nicht allgemein und eindeutig beantwortet werden. Die Zurückhaltung der Verarbeiter ist allerdings wohl als eine Reaktion auf die immer noch sinkende Preistendenz auf den großen Weltwarenmärkten anzusehen, die ihrerseits wiederum den Preisrückgang verstärkt.

In der Industrieproduktion der Vereinigten Staaten ist die Situation anhaltend durch Stabilität auf hohem Niveau gekennzeichnet, und es sind vorerst keine Anzeichen erkennbar, die auf eine baldige Veränderung von größerem Gewicht schließen ließen. Der monatliche Auftragseingang der Industrie ist vom Juli 1951 bis zum März 1952 kaum gesunken. Der gesamte Auftragsbestand unterschreitet den bisherigen Höchststand nur wenig. In den letzten Monaten hat die Zunahme der Investitionsgüterproduktion allerdings den Rückgang der Verbrauchsgütererzeugung nicht mehr ganz aufgewogen (Produktionsindex für „Durables“ März 1951: 275, März 1952: 280; „Non-Durables“: 194, 184; gesamte Industrieproduktion: 231, 227 — 1935/39 = 100). Der Lageraufbau in den Vereinigten Staaten scheint vorerst zum Abschluß gekommen zu sein. Der gesamte saisonbereinigte Nettozugang an Lägern wird — aufs Jahr berechnet — im vierten Quartal 1951 mit 4,9 Mrd. \$ und für das erste Quartal 1952 mit 0,2 Mrd. \$ ausgewiesen. Die gegenwärtigen Preistendenzen machen eine weitere Lageraufstockung unwahrscheinlich. Die Frage, ob der Lagerbestand noch als überhöht gelten kann und ab wann mit konjunkturellen Auftriebskräften aus einem neuen Lageraufbau zu rechnen sein wird, wird auch in den Vereinigten Staaten nicht einheitlich beurteilt.

Die rückläufige Entwicklung in der Nachfrage nach industriellen Verbrauchsgütern war zunächst eine Reaktion auf die Übersteigerungen während des Koreabooms, und insoweit könnte sie den Keim einer späteren Wiederbelebung in sich tragen. Indessen kann der anhaltende Rückgang der Konsumgüternachfrage nunmehr aus jener Reaktion allein nicht mehr gedeutet werden. Vieles spricht dafür, daß die Erklärung in unzureichenden allgemeinen wirtschaftlichen Impulsen gesucht werden muß. Der erste Nachkriegsboom in den Jahren 1945 bis 1948 war noch im wesentlichen von dem hohen, während des Krieges entstandenen Nachholbedarf und Kaufkraftüberhang getragen worden. Die darauffolgende Rezession wurde zunächst durch einen im ganzen sehr gemäßigten Aufschwung der Bauwirtschaft überwunden, der dann aber eine machtvolle Stütze durch jene Auftriebskräfte erhielt, die der Koreakonflikt auslöste. Sie sind inzwischen erlahmt, und die Erwartung, daß nunmehr die Rüstung einen neuen Boom nach sich ziehen würde, hat sich bisher nicht erfüllt. Dies ist eine Folge der Verteilung der Rüstungsausgaben auf einen längeren Zeitraum, als ursprünglich vorgesehen. Nicht zuletzt sind aber auch die mit der Rüstung verbundenen volkswirtschaftlichen Wirkungen zu hoch bewertet und die zur Sicherung der inneren finanziellen Stabilität durchgeführten kontraktiven Maßnahmen in ihren Folgen unterschätzt worden. Dabei spielte die falsche Beurteilung des Verbraucherverhaltens eine besonders große Rolle. Zunächst wurde unverhältnismäßig viel gekauft, dann aber unverhältnismäßig wenig.

Die bisherigen Ansätze zu einer aktiveren Konjunkturpolitik in den Vereinigten Staaten — wie die Lockerung der Beschränkungen für den Teilzahlungskredit, der Verzicht auf Kreditbeschränkungen, Erleichterungen für den Wohnungsbau u. ä. — mögen durch die im Wahljahr besonders wichtigen Rücksichten auf die starke Inflationsfurcht bisher gedämpft worden sein. Inwieweit weitere stimulierende konjunkturpolitische Maßnahmen z. Z. als im Interesse der amerikanischen Wirtschaft liegend anerkannt sind, entzieht sich der Beurteilung.

Im ganzen war es der amerikanischen Politik — von partiellen depressiven Erscheinungen abgesehen — möglich, die wirtschaftliche Aktivität in den Vereinigten Staaten auf einem relativ hohen Beschäftigungs- und Einkommensniveau zu stabilisieren. Von den vor Jahresfrist noch so sehr befürchteten inflatorischen Auswirkungen der Rüstung und der von ihr erwarteten Expansion kann keine Rede sein. Die auf die bisherigen kontraktiven Erscheinungen hin eingeleiteten expansiven Maßnahmen lassen erkennen, daß jene Befürchtungen von der verantwortlichen Wirtschaftspolitik nicht geteilt werden. Insgesamt gesehen bietet die bei anhaltend hohem Niveau der wirtschaftlichen Aktivität vorhandene geringe Tendenz zur Abwärtsbewegung für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten kaum Anlaß zu größerer Besorgnis. Die internationalen Konsequenzen sind indessen von weittragender Bedeutung.

Bereits in der Vorkriegszeit hat sich gezeigt, daß weltwirtschaftliche Spannungszustände meist Ausdruck eines Ungleichgewichts in den Wirt-

schaftsbeziehungen der Vereinigten Staaten zu den europäischen Industrieländern und überseeischen Rohstoffländern sind. Der nach dem Kriege in einzelnen Ländern gemachte Versuch einer autonomen Konjunkturpolitik ist im großen und ganzen nur dann geglückt, wenn die aus der Vollbeschäftigungspolitik dieser Länder bei rückläufiger Weltkonjunktur resultierenden Leistungsbilanzdefizite durch eigene Währungsreserven oder durch Kredite und Geschenke der Vereinigten Staaten ausgeglichen werden konnten. Den Bestrebungen, in der westlichen Welt eine gemeinsame Vollbeschäftigungspolitik durchzuführen, war vorerst noch kein Erfolg beschieden. Der internationale Währungsfonds hat als die potentiell wichtigste internationale Instanz für einen Ausgleich der daraus resultierenden Zahlungsbilanzspannungen bisher nicht die ihm zukommende große Rolle gespielt. Die starken Veränderungen, denen die für die amerikanische Konjunktur relativ wenig bedeutsame, für die zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen aber eminent wichtige amerikanische Außenwirtschaft unterliegt, wirken sich infolgedessen ungehindert auf die mit der Weltwirtschaft sehr viel stärker verflochtenen europäischen Industrieländer und überseeischen Rohstoffländer aus. Die amerikanische Außenhandelsentwicklung der letzten Monate, der beträchtliche Ausfuhranstieg und das relative Zurückbleiben der Einfuhr hatten für diese Länder Konsequenzen, die durch die amerikanische Auslandshilfe nur noch in unzureichendem Maße gemildert wurden. Dem Abbau dieser Hilfsmaßnahmen in der Boomperiode 1950/51 lag eine zu optimistische Einschätzung der weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung zugrunde. Die angesichts dieser Lage mit wachsender Intensität durchgeführten Anpassungsmaßnahmen insbesondere der westeuropäischen Industrieländer haben zwar inzwischen teilweise Erfolg gehabt. Der Abfluß der britischen Gold- und Dollarreserve ist zum Stillstand gekommen, auch die Verluste der anderen Länder an Währungsreserven sind stark zurückgegangen. Erkauft wurde diese Anpassung aber mit einer allgemeinen Stagnation des Welthandels sowie mit einem Verzicht auf Ausnutzung des in einzelnen Ländern zum Teil noch vorhandenen Expansionspielraums und überdies mit einer teilweisen Desintegration der europäischen Wirtschaft, die im Widerspruch steht zu der nach dem Kriege so weit vorangetriebenen institutionellen Zusammenarbeit.

Die Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung durch zins- und kreditpolitische Instrumente gewann in letzter Zeit neben direkten wirtschaftlenkenden Maßnahmen in den großen Industrieländern an Bedeutung. Beide Methoden führten zu einer Anpassung der Expansion an das durch die veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen der Vereinigten Staaten gegebene Niveau. Das starre, in Bretton Woods allgemein anerkannte Wechselkurssystem wird allerdings auch fernerhin immer wieder neue Anpassungsmaßnahmen erforderlich machen.

Der tragende Faktor in einer weltwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung könnte nur eine von ihrer weltwirtschaftlichen Funktion noch mehr als bisher durchdrungene Wirtschaftspolitik der

Vereinigten Staaten sein. Zugleich müßte der Ausgleich des konjunkturellen Auf und Ab in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen, wenn nicht durch die Vereinigten Staaten selbst, dann doch mehr als bisher durch Maßnahmen der dafür geschaffenen internationalen Organisationen erreicht werden.

Die Chancen einer solchen Weltwirtschaftspolitik liegen in der weiteren Zukunft. Unter den gegenwärtigen Tendenzen der weltwirtschaftlichen Entwicklung sind kaum stärkere Auftriebskräfte erkennbar. Insbesondere die Fakten der Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten enthalten vorerst keine Anzeichen einer kommenden stärkeren Expansion. Andererseits lassen Umfang der Rüstung und Investitionen in den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Industrieländern keinen Zweifel darüber, daß das relativ hohe Niveau der wirtschaftlichen Aktivität im wesentlichen wohl für die nächste Zeit gehalten werden wird. Beide Fundamente sind so breit, daß bereits eine leichte Forcierung der bisherigen expansiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den Vereinigten Staaten zu einem gewissen Optimismus hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Anlaß geben könnte. Mehr als eine bescheidene wirtschaftliche Expansion in den Vereinigten Staaten und nach Abschluß der gegenwärtigen Anpassung an die außenwirtschaftlichen Möglichkeiten auch in Europa dürfte aber ceteris paribus in nächster Zeit kaum zu erwarten sein.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik steht seit der Jahreswende im Zeichen der Stagnation. Produktion und Beschäftigung haben im ganzen zwar, wie stets in dieser Jahreszeit, zugenommen, aber keineswegs in einem Umfang, der auf eine mehr als saisonmäßige Belebung schließen ließe. Die im einzelnen eingetretenen Rückgänge oder Spannungen weisen wohl auf eine gewisse Labilität der Lage hin; jedoch liegen im ganzen keine Verschlechterungen vor, die eine krisenhafte Zuspitzung befürchten lassen. Für die nächsten Monate sind weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin wesentliche konjunkturelle Änderungen der allgemeinen Lage zu erwarten.

Die Stagnation der Wirtschaft hatte sich um die Jahreswende und in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres unter dem Einfluß der der Menge nach sinkenden Nachfrage nach Verbrauchsgütern bei noch leicht wachsenden Mengumsätzen im Investitionsbereich und in der Grundstoffherzeugung herausgebildet. Sie hat, so scheint es, ihr Gesicht in den letzten Monaten, vor allem im zweiten Vierteljahr 1952, insofern gewandelt, als im Verbrauch eine leichte Erholung eingetreten ist, dafür nun aber die Investitionstätigkeit nicht mehr zunimmt. Die Einzelhandelsumsätze lagen im ersten Vierteljahr 1952 dem Nominalbetrag nach um 4 vH, nach Ausschaltung der Preisbewegung sogar um 11 vH niedriger als vor einem Jahr; wobei allerdings zu beachten bleibt, daß der Januar 1951 noch im Zeichen der „Korea“-Käufe stand und daher ungewöhnlich hohe Umsätze erbracht hatte.

Im April und Mai hat sich hier eine gewisse Umkehr angebahnt: in diesen beiden Monaten

hat der Einzelhandel nicht unbeträchtlich höhere Umsätze buchen können als vor einem Jahr. Besonders belebt haben sich dabei die Umsätze in Textilien und Bekleidung, die bis dahin am stärksten gesunken waren, während die Umsätze in Hausrat und Wohnbedarf, die sich bisher besser gehalten hatten, in ihrer Belebung zurückgeblieben sind.

Wie weit diese jüngste Entwicklung auf Sondereinflüsse (günstige Witterung für das Ostergeschäft usw.) zurückzuführen ist, oder ob es sich dabei um eine anhaltende Wandlung in der Haltung der Konsumenten handelt, bleibt abzuwarten. Eine solche Wandlung könnte etwa dadurch bedingt sein, daß die Vorräte, die die Verbraucher während der Korea-Hausse angesammelt hatten, aufgebraucht worden sind, so daß der laufende Bedarf wieder mehr Anschaffungen nötig macht.

Eine stärkere, durchgreifende Steigerung der Konsumentenausgaben ist jedoch nicht zu erwarten. Sie müßte mit einer entsprechenden Zunahme der Einkommen einhergehen. Nichts deutet darauf hin, daß die Einkommensbildung in nächster Zeit konjunkturrell nennenswert zunehmen wird.

Das Einkommen der Arbeiter und Angestellten, das konjunkturrell bis zum Jahresende 1951 noch gestiegen war, hält sich seither annähernd im Rahmen der saisonüblichen Veränderungen. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich noch eine nominelle Erhöhung um etwa 10 vH. Die Steigerungen der Unternehmereinkommen, die in den Investitionsgüterindustrien und in den Grundstoffindustrien eingetreten sind, dürften seit einiger Zeit kaum mehr ausgereicht haben, um die Einbußen auszugleichen, die das Einkommen der großen Masse der Selbständigen in den Verbrauchsgüterindustrien und im Handel erlitten hat. Die Einkommen der selbständigen Landwirte sind — auf das ganze Wirtschaftsjahr 1951/52 berechnet — noch verhältnismäßig stark gestiegen; die Steigerung schwächt sich aber neuerdings auch hier ab.

Freilich gibt die Entwicklung des Bruttoeinkommens ein etwas zu günstiges Bild, da die Steuerleistungen aus dem Einkommen beträchtlich gestiegen sind.

Auch die Spartätigkeit ist im Laufe des Jahres nicht mehr weiter gewachsen; sie hält aber immer noch das Ende 1951 erreichte hohe Niveau,

Entscheidend für die Wirkung der Entwicklung des Verbrauchs auf die Gesamtwirtschaft war, daß die Zurückhaltung der Konsumenten über den Handel hinweg Absatz und Produktion der Verbrauchsgüterindustrien stark beeinflußt hat, ja daß sich diese Einflüsse durch ein entsprechendes Verhalten des Einzelhandels und Großhandels noch verstärkten. Die Produktion der Verbrauchsgüterindustrien ist nach der vorübergehenden Belebung im Herbst 1951 bis in die jüngste Zeit hinein gesunken. Sie war in den letzten Monaten (März bis Mai) um 10 vH niedriger als im Vorjahr.

Ob sich die Belebung, die im Absatz an die Konsumenten in den letzten Monaten festzustellen war, in nächster Zeit im vollen Umfange auf die Industrie übertragen wird, muß bezweifelt werden, da Handel und Industrie nach wie vor

über erhebliche Lager verfügen und daran interessiert sind, diese abzubauen. Solange die Preise der Rohstoffe und der Fertigwaren eher zum Rückgang als zum Aufstieg neigen, wird der Handel weiter bestrebt bleiben, seine Lager möglichst gering zu halten.

Im Gegensatz zu der Produktionsentwicklung in den Verbrauchsgüterindustrien hat die Produktion in den Investitionsgüterindustrien bis vor kurzem noch weiter zugenommen. Im April erreichte der Produktionsindex dieser Industrien mit 172 (1936 = 100) einen Rekordstand, der über den vorangegangenen Höhepunkt im November 1951 hinausging. Hatte sich auch das Wachstumstempo gegenüber der Zeit vor einem Jahr wesentlich verlangsamt, so waren doch die Auftriebskräfte hier noch ungebrochen. Nachdem der Auftragseingang in diesen Industrien seit der Jahreswende stagniert — bei freilich noch sehr hohen Auftragsbeständen —, ist auch die Produktion im Mai nicht weiter gestiegen.

Zu dem Anstieg der Produktion in den Investitionsgüterindustrien und dem hohen Stande, auf dem sie sich gegenwärtig hält, hat einmal die im ganzen wohl immer noch lebhaftere Nachfrage nach Investitionsgütern aus der Binnenwirtschaft, zum anderen der bisher wachsende Export dieser Industrien beigetragen.

Gewiß ist die heimische Nachfrage nach Investitionsgütern, die von den Verbrauchsgüterindustrien und dem Verbrauchsgüterbereich überhaupt ausgeht, seit geraumer Zeit bereits im Rückgang begriffen. Die Ausfälle müssen jedoch durch noch wachsende Käufe aus anderen Bereichen, namentlich den Investitionsgüterindustrien selbst, den Grundstoffindustrien, dem Verkehrswesen usw. ausgeglichen worden sein. Auch in der Landwirtschaft waren im Rahmen verstärkter Technisierung die Maschineninvestitionen bis in die jüngste Zeit hinein anhaltend hoch.

In der Tat besteht in den Grundstoffindustrien und in einer Reihe anderer Bereiche der Wirtschaft noch immer eine verhältnismäßig hohe Investitionsbereitschaft. Aber gewisse Begrenzungen sind auch hier spürbar.

Wie die Investitionen, die sich in Anlagen industriell erzeugter Investitionsgüter niederschlagen, haben auch die bauwirtschaftlichen Investitionen bisher noch keine Rückschläge erfahren, wenn auch hier wie dort von einer mehr als saisonmäßigen Belebung nicht mehr gesprochen werden kann. Die Bauwirtschaft hat zu einem nicht geringen Teil die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes in den vergangenen Monaten getragen. Das Bauvolumen im ganzen hält sich annähernd auf der Höhe des Vorjahres. Dies dürfte auch für den weiteren Verlauf der Bausaison gelten. Im Wohnungsbau, der mehr als zwei Fünftel des gesamten Bauvolumens ausmacht, wird im gesamten Jahr wohl annähernd das gleiche Ergebnis erzielt werden wie im Vorjahr, nachdem die Mittel für die Finanzierung gesichert zu sein scheinen. Die Bauwirtschaft wird daher auch in den nächsten Monaten noch eine der Stützen für das Gesamtniveau von Produktion und Beschäftigung bilden.

Unter dem Einfluß der Stagnation in der gesamten wirtschaftlichen Aktivität haben sich die

Engpässe, die bis zum Herbst 1951 ein wichtiger Faktor für die Begrenzung der Expansion waren, aufgelockert, da die Intensität der Nachfrage nach Engpaßprodukten infolge wachsenden Angebots nachgelassen hat.

Das gilt in erster Linie für die Kohlenversorgung. Die Entspannung, die hier seit der Jahreswende eingetreten ist, ergab sich aus dem Anstieg der Förderung und durch hohe Einfuhren amerikanischer Kohle bei leicht verminderter Ausfuhr. Der Rückgang der Förderung im zweiten Vierteljahr darf in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden; er hielt sich im Rahmen des üblichen Saisonrhythmus.

Ausdruck für die bessere Versorgung mit Kohle und die Entspannung der Lage sind u. a. die gewachsenen Bestände bei den Verbrauchern. Ein gewisser Engpaß besteht gegenwärtig noch bei der Versorgung mit Kokskohle. Die eisenschaffende Industrie ist nach wie vor auf erhebliche Mengen amerikanischer Kohle angewiesen, wenn man auch aus Gründen der Devisenersparnis bemüht ist, diese Einfuhren so gering wie möglich zu halten.

Alles in allem kann trotz der deutlich spürbaren Entlastung von einer Beseitigung der Mangellage jedoch noch nicht gesprochen werden.

In geringerem Grade hat sich bis heute der Stahlempaß aufgelockert, obwohl sich auch hier die Versorgungslage im ganzen gegenüber dem Herbst 1951 entspannt hat. Besonders knapp sind gegenwärtig noch Stabstahl, Fein- und Grobbleche. Eine Freigabe der Eisenpreise wird z. Z. lebhaft diskutiert. Sie wird vom Bundeswirtschaftsministerium angestrebt, weil man u. a. hofft, daß sich dann die Produktion in ihrer Zusammensetzung den Sortenwünschen der Verbraucher besser anpaßt und zu einer Erleichterung noch bestehender Engpässe beiträgt. In Teilen der Industrie bestehen freilich gegen eine Freigabe der Eisenpreise Bedenken.

Ohne Zweifel hat sich im Verlauf der letzten Monate eine Situation herausgebildet, in der die Engpässe die wirtschaftliche Aktivität im ganzen nicht mehr so stark behindern, wie dies noch in der zweiten Hälfte 1951 der Fall war. Da sich die Produktionsmöglichkeiten in den Engpaßbereichen dank der Investitionen erweitern, würde auch eine künftige gesamtwirtschaftliche Expansion nicht sogleich wieder an Grenzen stoßen. Freilich bleibt das Problem verstärkter Investitionen in diesen Bereichen auch weiterhin dringend.

Eine weitere Stütze für Produktion und Beschäftigung bot in den letzten Monaten neben der Bauwirtschaft und den sonstigen Investitionen die Ausfuhr. Sie hielt sich — unter starken Schwankungen — seit der Mitte des vorigen Jahres annähernd auf dem gleichen Stand von etwa 1,35 Mrd. DM je Monat bei einem allerdings leichten Rückgang der Mengen. Die Stagnation in der Exportentwicklung ist zwar enttäuschend im Vergleich zu dem starken Anstieg in den vorausgegangenen Jahren und im Hinblick auf die strukturellen Bedingungen Westdeutschlands, die eine noch erheblich engere Verknüpfung mit der Weltwirtschaft erfordern, als sie sich im gegen-

wärtigen Niveau des Außenhandels widerspiegelt. Andere Industrieländer mußten allerdings seit Beginn des Jahres effektive Ausfuhrrückgänge hinnehmen.

Dem deutschen Außenhandel kommt gegenwärtig die konjunkturelle Situation in der westlichen Welt insofern entgegen, als sich dort ähnlich wie in Westdeutschland die depressiven Kräfte in der Hauptsache auf die Verbrauchsgütermärkte beschränken, während die Investitionstätigkeit, z. T. infolge der Rüstungen, noch kaum Zeichen der Schwäche zeigt. So erklärt es sich, daß die Ausfuhr von Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien bis in die neueste Zeit hinein noch gestiegen ist und damit den Rückgang wettgemacht hat, der sich vor allem bei den Exporten der Verbrauchsgüterindustrien ergab. Ein stärkerer Einbruch in Produktion und Beschäftigung ist von der Seite der Ausfuhr in den nächsten Monaten nicht zu erwarten.

In der Einfuhr haben sich in den letzten Monaten die Zurückhaltung der Nachfrage im Innern und die Einflüsse sinkender Preise auf den Weltmärkten nachhaltiger als vordem bemerkbar gemacht. Die Importe sind trotz der Erhöhung der Liberalisierungsquote auf 77 vH am 1. April im April und Mai eindeutig zurückgegangen. Vor allem haben sich dabei die Bezüge von Rohstoffen, Halbwaren und Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs vermindert. Verhältnismäßig hoch waren im jetzt abgelaufenen Wirtschaftsjahr die Einfuhren an Futtermitteln, Brotgetreide und Zucker. Die Vorräte um die Jahresmitte sind daher 1952 erheblich größer als im Vorjahr, so daß — normale Ernten vorausgesetzt — im kommenden Wirtschaftsjahr mit einem geringeren Einfuhrbedarf vor allem an Getreide und Zucker gerechnet werden kann.

In der Handelsbilanz hat sich seit April wieder ein Aktivsaldo eingestellt. Da die Dienstleistungsbilanz schon seit geraumer Zeit mit einem wachsenden Aktivsaldo abschließt, hat sich die Devisenbilanz noch günstiger als die Handelsbilanz entwickelt. Insgesamt dürfte der Devisenbestand bis Ende Mai 1952 auf rund 2,7 Mrd. DM angewachsen sein. Auch die Dollarsituation hat sich erleichtert, da die Einfuhr aus dem Dollarraum, z. T. allerdings durch Beschränkung in der Ausgabe von Lizenzen, gesunken ist, nicht unbeträchtliche Dollarbeträge in DM umgetauscht wurden und Westdeutschland aus den EZU-Überschüssen namhafte Goldbeträge zugeflossen sind.

Wie sehr die Nachfrage der Wirtschaft nach kurzfristigen Bankkrediten einerseits durch die Steuerverpflichtungen und andererseits durch die Kassenlage der Öffentlichen Hand beeinflusst wird, ist im März und April besonders deutlich geworden. Als die gesamten Bankkredite an die Öffentliche Hand hauptsächlich wegen massierter Zahlungsverpflichtungen des Bundeshaushalts für Besatzungsausgaben sprunghaft zunahmen und ihre Bankguthaben sich gleichzeitig verminderten, fingen die kurzfristigen Bankkredite der Wirtschaft sofort an, kleiner zu werden. Aber selbst in dieser Phase sinkender Nachfrage nach kurzfristigen Wirtschaftskrediten erhöhten sie sich vorübergehend beträchtlich, als Mitte März große Steuerzahlungen fällig wurden.

Mit den volkswirtschaftlichen Umsätzen hat zu Beginn des Jahres auch der aktive Teil des Geldvolumens (Bargeld und Sichtdepositen) abgenommen. Da die aktive Geldmenge relativ weniger schrumpfte als die mit ihr zu finanzierenden Umsätze, ging die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes — wie in dieser Jahreszeit üblich — nicht unbeträchtlich zurück. Sie hat sich jedoch inzwischen — entgegen der Saisonervartung — kaum mehr erhöht. Die Wirtschaft ist also nach wie vor bestrebt, ihre Liquidität zu verbessern.

Zu der Zunahme des Geldvolumens nach dem Rückgang von Dezember auf Januar hat nicht nur die gesamte Kreditgewährung der Geschäfts- und Zentralbanken beigetragen, sondern auch der seit April wieder stark angestiegene Auszahlungsüberschuß im Zahlungsverkehr mit dem Ausland (Aktivsaldo der laufenden Devisenbilanz). Da die Geldkapitalbildung bei den Banken (Spar- und Termineinlagen sowie untergebrachte Bankschuldverschreibungen) im Laufe dieses Jahres erhebliche Fortschritte zu verzeichnen hatte, blieben die expansiven Wirkungen auf den aktiven Teil des Geldvolumens verhältnismäßig gering.

Sollten der am 29. Mai erfolgten Senkung des Diskontsatzes von 6 auf 5% in Kürze die vorgesehenen Steuervergünstigungen für Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren folgen, so wäre wohl mit einer weiteren Belebung der Geldkapitalbildung zu rechnen. Diese wird den Unternehmungen allerdings in dem Maße erschwert, wie die öffentlichen Haushaltungen erneut dazu übergehen, Kassenüberschüsse zu bilden. Dieser Prozeß hat sich mindestens in der Gesamtheit aller öffentlichen Körperschaften seit Mitte April angebahnt und scheint zunächst anzuhalten.

Auf dem Arbeitsmarkt kommt die güterwirtschaftliche Stagnation darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Beschäftigten — von den üblichen Saisonschwankungen abgesehen — nicht mehr nennenswert zunimmt. Das Beschäftigungsvolumen in den Verbrauchsgüterindustrien schrumpfte zum Teil beträchtlich. Der Stand der Arbeitslosigkeit erhöhte sich dadurch nur wenig, wohl aber nahm die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter erheblich zu. Dem stand ein noch wachsender und zum Teil schwer zu deckender Kräftebedarf in einigen Investitions- und Grundstoffindustrien gegenüber. Zu der unverminderten Schwierigkeit, das krasse regionale Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage auszugleichen, trat somit schon seit längerer Zeit eine zunehmende qualitative Spannung zwischen den Bedürfnissen der Industrie und dem Leistungsangebot ausgebildeter Facharbeiter.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit scheint auf den ersten Blick der Beschäftigungslage zu widersprechen. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen ist seit Ende Mai niedriger als im Vorjahr. Der Zustrom zum Arbeitsmarkt hat jedoch offenbar erheblich nachgelassen, ja in gewissem Umfang scheiden wohl auch Arbeitslose, die ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung aus der Versicherung erschöpft haben und, weil dafür die Voraussetzungen nicht gegeben sind, von der Arbeitslosenfür-

sorge nicht unterstützt werden, aus der Arbeitslosenstatistik aus. Die Zahl der Arbeitslosen wird somit auch in den nächsten Monaten im üblichen Saisonrhythmus weiter abnehmen, ohne daß daraus Schlüsse auf eine konjunkturelle Besserung der Arbeitsmarktlage gezogen werden sollten.

* * *

Zusammenfassend ist über die Aussichten, die sich für die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Monaten ergeben, folgendes zu sagen:

Die gegenwärtige Stagnation birgt nicht die Gefahr in sich, daß sich aus ihr in den nächsten Monaten stärkere konjunkturelle Rückschläge entwickeln könnten. Zwar wird die Produktion in den kommenden Monaten zurückgehen, da nun der saisonmäßige Tiefpunkt der industriellen Produktion (ohne die Bauwirtschaft) bevorsteht. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß dieser Rückgang über das übliche Maß hinausgehen wird. Nach wie vor ist die Investitionsbereitschaft in jenen Teilen der Wirtschaft verhältnismäßig hoch, in denen aus strukturellen Gründen Anlagen ohne nennenswertes Risiko erweitert oder neu erstellt werden können. Den Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen, Energie) werden in Zukunft reichlicher Finanzierungsmittel für ihre Investitionen zur Verfügung stehen als bisher, weil ihnen die Investitionshilfe zugute kommt und die Preiserhöhungen da und dort wohl auch die Marge der Selbstfinanzierung erweitert haben. Mit einer Kürzung der Finanzierungsmittel für die bauwirtschaftlichen Investitionen, vor allem für den Wohnungsbau, und die Investitionen der öffentlichen Hand ist nicht zu rechnen. Die Investitionstätigkeit in diesen Bereichen wird daher etwa den gleichen Umfang beibehalten wie bisher. Die Investitionen der Landwirtschaft werden zwar nicht mehr zunehmen, aber sich voraussichtlich ebenfalls auf ihrem gegenwärtigen hohen Stand halten. In den Investitionsgüterindustrien selbst (wie z. B. im Maschinenbau) mögen Schwinden der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten und offenbar nachlassende Investitionsneigung zu einem gewissen Rückgang der Investitionstätigkeit führen. Weiter anhalten werden zunächst die Beschränkungen, die sich die Verbrauchsgüterindustrien und andere Teile der Verbrauchsgüterwirtschaft in ihren Investitionen auferlegen.

Wägt man diese verschiedenartigen Tendenzen in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft gegeneinander ab, so kommt man zu dem Schluß, daß sich der Umfang der gesamten volkswirtschaftlichen Anlageinvestitionen in den nächsten Monaten annähernd auf dem gleichen — noch immer hohen — Niveau halten wird, das er in den letzten Monaten erreicht hat.

Ein relativ stabiles Niveau der Investitionen sichert — zusammen mit den öffentlichen Ausgaben — eine gewisse Stabilität des Einkommensstromes, so daß die Nachfrage nach Verbrauchsgütern im ganzen nicht weiter absinken wird. Es scheint zudem, als hätte die Verbrauchsneigung ihren Tiefpunkt durchschritten. Solange Handel und Industrie in der Verbrauchsgüterwirtschaft wie bisher sinkende Preise erwarten, werden sie weiter bestrebt sein, die Lager abzubauen, so daß eher mit einer Stagnation der Produktion als mit

einer Erhöhung entsprechend der Belebung der Konsumentennachfrage zu rechnen ist.

Es ist aber auch wenig wahrscheinlich, daß die Entwicklung in den nächsten Monaten wieder in eine konjunkturelle Expansion umschlagen wird. Es bestehen nur geringe Aussichten, daß ein Umschwung der Preisbewegung allgemein zu spekulativen Bestellungen größeren Umfangs anregen wird, es sei denn, außerökonomische Bedingungen würden das Bild der weltwirtschaftlichen Entwicklung entscheidend ändern. Ebenso wenig ist unter den gegenwärtigen Bedingungen eine geldwirtschaftliche Expansion im Innern zu erwarten, wie sie etwa eine stärkere kurzfristige Verschuldung der Öffentlichen Hand mit sich brächte. Auch die expansive Wirkung, die von dem Überschuß in der Devisenbilanz auf die Binnenwirtschaft ausgehen wird, dürfte sich alles in allem bei der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Konjunkturlage in engen Grenzen halten.

Es wird daher mit dem Anhalten der konjunkturellen Stagnation gerechnet werden müssen, zumal vom Verteidigungsbeitrag ausgehende unmittelbare Wirkungen auf Produktion und Be-

schäftigung in den nächsten Monaten noch nicht erwartet werden können.

Eine solche Entwicklung mag aus der Erwägung heraus hingenommen werden, daß sie in gewissen Bereichen heilsame marktwirtschaftliche Bereinigungen erzwingt, die gegenwärtig leichter durchzusetzen sind als in Zeiten allgemeiner Hausse. Die Stagnation bedeutet freilich, daß sie eine nach dem Bestand an Produktionsfaktoren mögliche Steigerung des Sozialprodukts verzögert, die im Hinblick auf die europäische Integration und die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen auch vom „Europäischen Wirtschaftsrat“ (OEEC) angestrebt wird.

Sollte die Stagnation längere Zeit anhalten oder die Entwicklung gar zu einem stärkeren Anwachsen der Arbeitslosigkeit und damit zu ernststen sozialen Schäden führen, so ergäbe sich daraus für die Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit, sich auf aktive Konjunkturpolitik einzustellen. Ob der gegenwärtige institutionelle Rahmen für ein rasches Eingreifen in einem solchen Falle ausreichend ist, muß nach den Erfahrungen der letzten Jahre bezweifelt werden.

Vorstehender Bericht wurde anlässlich der Kieler Tagung des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“ am 30. Juni 1952 von folgenden wirtschaftswissenschaftlichen Instituten verfaßt:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung)
Berlin

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Zur Wirtschaftslage in der sowjetischen Besatzungszone

Die gegenwärtige Lage der sowjetzonalen Wirtschaft wird gekennzeichnet durch ein noch immer gedrücktes Produktionsniveau, das Vorhandensein sehr fühlbarer Engpässe und durch das Anhalten der immer noch beträchtlichen Unterversorgung der Bevölkerung.

Bevölkerung

Die Bevölkerungszahl hat sich seit dem Herbst vorigen Jahres nicht mehr nennenswert vermindert und betrug um die Jahresmitte 1952 im gesamten sowjetischen Besatzungsgebiet rund 18,5 Millionen. Der Geburtenüberschuß ist in jüngster Zeit leicht gestiegen, beträgt jedoch noch nicht ein Drittel des westdeutschen Überschusses aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Er wurde zudem durch die bisher anhaltende Fluchtbewegung aus dem mitteldeutschen Raum mindestens kompensiert. Das Arbeitskräftepotential hat durch die Abwanderung bis jetzt ununterbrochen abgenommen, und zwar seit Beginn des Fünfjahrplanes, also seit 1½ Jahren, um rund eine Viertelmillion. Der Verlust soll ausgeglichen werden durch ein ständiges Bemühen, die Frauenarbeit zu intensivieren.

Agrarproduktion

Die letzte Ernte im mitteldeutschen Raum war nur durchschnittlich, bei den Kartoffeln sogar ausgesprochen schlecht. Die Feldproduktion betrug

im Durchschnitt rund 90 vH der Vorkriegserzeugung. Obwohl der Viehbestand ungefähr wieder die Vorkriegshöhe erreicht hat, beträgt gegenwärtig wegen der stark gesunkenen Schlachtgewichte und Milchleistung die Erzeugung an tierischen Produkten nur etwa 75 bis 80 vH der Vorkriegszeit. Diese unbefriedigende Entwicklung der mitteldeutschen Landwirtschaft hat das schon in der Vorkriegszeit im mitteldeutschen Raum vorhandene Ernährungsdefizit verschärft, zumal die Bevölkerungszahl durch den Zustrom an Flüchtlingen gegenwärtig um 11 vH höher ist als 1939.

Industrieproduktion

Die von der Sowjetzonenverwaltung in vierteljährlichen Abständen gemeldeten Steigerungssätze der Industrieproduktion zeigen von 1950 auf 1952 fallende Tendenz. Die Sätze selbst sind überhöht, denn sie sind das Ergebnis einer durch Doppelzählungen aufgeblähten Bruttorechnung.

Ein der Wirklichkeit nahekommendes Bild der industriellen Entwicklung der Sowjetzone läßt sich daher nur über Mengenangaben und Nettowerte gewinnen oder aber, soweit lediglich Bruttowerte zur Verfügung stehen, durch rechnerische Ausschaltung der nominellen Überhöhungen. Der in der folgenden Tabelle wiedergegebene Produktionsindex für die Sowjetzone ist auf diesem Wege bereinigt worden.

Produktionsindex der sowjetzonalen Industrie¹⁾
1936 = 100 (Volumen)

	1939	1944	1946 ²⁾	1949 ²⁾	1950 ²⁾	1951 ²⁾	1952 Plan ³⁾
Investitionsgüter- industrie ⁴⁾	159	242	23	58	77	92	108
Sonstige Produktions- güterindustrie ⁵⁾ . .	132	152	62	94	102	113	123
Verbrauchsgüter- industrie ⁶⁾	120	88	40	65	82	90	99
Insgesamt	136	154	42	70	85	97	109

1) Einschl. Nahrungsmittelindustrie, ohne Bauwirtschaft. —
2) Schätzungen des DIW: für 1950 und 1951 unter Zugrunde-
legung der Planzahlen des Volkswirtschaftsplanes und der Plan-
abrechnungen. — 3) Steigerungssätze von 1951 auf 1952 dem
Volkswirtschaftsplan 1952 entnommen. — 4) Metallurgie, Ma-
schinenbau, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Steine und
Erden. — 5) Bergbau, Chemie, Zellstoff- und Papierindustrie,
Energie. — 6) Holzindustrie, Textilien, leichte Industrie, Nahrung-
s- und Genußmittel.

Die Industrieproduktion des mitteldeutschen Raumes (Sowjetisches Besatzungsgebiet) ist 1951 mit einem Indexniveau von 97 zwar wieder nahe an den Stand des Basisjahres (1936) herangekommen, sie bleibt aber immer noch um 29 vH hinter dem Stand bei Kriegsausbruch (1939) und sogar um 37 vH hinter dem auf dem Höhepunkt der kriegswirtschaftlichen Entwicklung (1944) erreichten Produktionsniveau zurück. Erst im Laufe von 1952 hat die sowjetzonale Industrie mengenmäßig das Produktionsniveau von 1936 überschritten, wenn auch mit weitem Abstand zu dem ehemals hohen Leistungsstandard, der die mitteldeutsche Industrie auszeichnete.

Da es sich bei der kriegswirtschaftlichen Expansion in erster Linie um einen forcierten Ausbau der Investitionsgüterindustrien gehandelt hat, ist bei ihnen auch 1951 noch der Abstand von dem Niveau des Jahres 1944 besonders groß gewesen: Mit einem Indexstand von 92 erreichte die Investitionsgüterproduktion der Sowjetzone 1951 nur 38 vH ihres Standes von 1944 (damaliger Index 242).

Dieser Vergleich zwischen zwei Eckpunkten der Entwicklung bedarf jedoch der Ergänzung. Nach Kriegsende war die mitteldeutsche Investitionsgüterindustrie praktisch zusammengebrochen. In dem ungewöhnlich tiefen Produktionsstand des Jahres 1946 (nur 9,5 vH der Erzeugung von 1944) kommt vor allem die tief in die Substanz eingreifende Wirkung der Demontagen zum Ausdruck. Auf diesem Hintergrund zeigt die inzwischen eingetretene Vervielfachung der mitteldeutschen Investitionsgüterproduktion, daß sie besonders gefördert wird. Inzwischen hat sie, dem Wert der erzeugten Waren nach, die Verbrauchsgüterindustrie sogar überflügelt.

Die Konsumgüterproduktion hat sechseinhalb Jahre nach dem Kriege erst wieder den Stand des letzten vollen Kriegsjahres (1944)

oder drei Viertel der Erzeugung bei Kriegsausbruch (1939) erreicht. Berücksichtigt man die inzwischen eingetretene Bevölkerungsvermehrung, so ergibt sich für 1951 ein noch ungünstigeres Bild als gegen Ende des Krieges, obwohl damals die Verbrauchsgüterproduktion hinter den rüstungswirtschaftlichen Bedürfnissen weit zurücktreten mußte.

Abgesehen von der Zellstoff- und Papierindustrie und dem Druckgewerbe, die 1951 erst wieder die Hälfte des Produktionsstandes von 1936 erreicht haben, zeigen die allgemeinen Produktionsgüterindustrien eine verhältnismäßig günstige Entwicklung. Die sowjetzonale Wirtschaftspolitik hat besonderen Wert darauf gelegt, die Produktion des Bergbaues, der Elektrizitäts- und der Gaswerke zu steigern, um dadurch den bis heute bestehenden Energie-Engpaß auszuweiten. Die Industrien der allgemeinen Produktionsgüter haben 1951 zwar den Stand von 1936 um 13 vH überschritten, sind aber noch um 14 vH hinter dem Niveau bei Kriegsausbruch (1939) und um 26 vH hinter dem Stand von 1944 zurückgeblieben.

Jährliche Zuwachsrate
der industriellen Bruttoproduktion und der
Energieerzeugung in der sowjetischen Besatzungszone
in vH¹⁾

	1950 gegen- über 1949	1951 gegen- über 1950	1.Vj. 1951 gegen- über 1.Vj. 1950	1.Vj. 1952 gegen- über 1.Vj. 1951
Bruttoproduktionswert der gesamten Industrie	26	21,9	22	19
Stromerzeugung	•	9,7	9	10
Gasgewinnung	•	•	21	•
Braunkohlenförderung .	8	10,4	13	•
Braunkohlenbrikett- erzeugung	8	9,1	11	10
Steinkohlenförderung . ²⁾	7	14,2	9	6

1) Nach Angaben der sowjetzonalen Wirtschaftsverwaltung (vgl. Tägliche Rundschau, 16. 2., 29. 4. 1951, 21. 2. und 30. 4. 1952). Vgl. auch Wochenbericht des DIW, 18. Jg., Nr. 47 vom 23. 11. 1951. — 2) Rückgang.

Die Annäherung der sowjetzonalen Industrieproduktion an den Stand des Jahres 1936 darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Versorgung der Bevölkerung noch erheblich unter Vorkriegsniveau liegt. Auf den Kopf der Bevölkerung bezogen hat die Versorgung der Sowjetzone mit Industriegütern 1951 höchstens 60 vH des Standes von 1936 erreicht, da durch die großen Abzweigungen zugunsten der Besatzungsmacht in Form von offenen und versteckten Reparationen der für die Bevölkerung zur Verfügung stehende Produktionsanteil wesentlich vermindert wird. Die meist unzureichende Qualität und das oft nicht bedarfsgerechte Warensortiment gehen ebenfalls zu Lasten des Versorgungsstandes.

Der nächste Wochenbericht erscheint am Freitag, den 18. 7. 1952.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.
Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Albert Wissler.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofsdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Diese Doppelnummer umfaßt 8 Textseiten und 1 Zahlenbeilage —

Gegenstand			Einheit †)			Vorjahr					Gegenwart									
						27. Mai bis 2. Juni 1951	3.-9. Juni 1951	10.-16. Juni 1951	17.-23. Juni 1951	24.-30. Juni 1951	27. April bis 3. Mai 1952	4.—10. Mai 1952	11.-17. Mai 1952	18.-24. Mai 1952	25.-31. Mai 1952	1.-7. Juni 1952	8.-14. Juni 1952	15.-21. Juni 1952	22.-28. Juni 1952	
						22.	23.	24.	25.	26.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	
Woche :																				
Arbeitsmarkt																				
Arbeitslose in Westdeutschland . . .	1000	M; E	1387	.	1359	.	1326	1442	.	1365	.	1312	.	1292	.	.	.	.		
„ Westberlin	„	„	287	.	287	.	286	286	.	292	.	290	.	297	.	.	.	.		
Versicherte Arbeitslose in USA . . .	„	Sa	963	1008	966	940	888	1167	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.		
Produktion																				
Geschäftstätigkeit in USA	1935/39=100	Sa	223,4	.	221,1	221,5	224,3	180,4	190,4	198,4	.	213,7	182,4	177,8	178,7	.	.	.		
Industrieproduktion in USA	„	„	215,5	216,8	217,4	217,3	218,7	218,5	202,3	202,3	206,6	211,2	166,4	164,5	160,6	162,9	.	.		
Steinkohlenföhrd. in Westdtschld. ¹⁾	1000 t	WS	2334	2329	2299	2237	2296	2022	2411	2432	2016	2389	1966	2024	.	.	.	.		
„ Großbritannien	„	„	4593	4298	4351	4313	4309	4651	4302	4570	4684	4480	3435	4542	.	.	.	.		
Kohlenförderung in USA	Mill. t	„	7,83	9,01	9,34	10,01	9,58	7,76	7,28	7,58	8,15	7,61	6,80	6,60	6,21	.	.	.		
Rohstahlerzeugung in Westdeutschld. ¹⁾	1000 t	„	196	184	191	198	198	176	204	212	197	199	176	207	213	.	.	.		
„ USA	Mill. t	„	1,88	1,86	1,87	1,87	1,87	1,90	1,56	1,89	1,91	1,92	1,91	0,24	0,24	0,23	.	.		
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	„	124	155	159	159	157	130	131	140	123	128	131	131	130	125	.	.		
Stromverbrauch in Westdeutschland . .	Mill. kWh	„	640	630	630	628	629	631	679	687	644	695	608	644	.	.	.	.		
„ Westberlin ²⁾	„	„	16	15	15	15	15	17	18	19	18	19	16	18	17	17	.	.		
Güterverkehr																				
Wagenanforderung } Deutsche	1000	WS	360,6	347,2	344,7	341,0	355,2	305,0	350,7	355,3	309,7	366,7	294,2	317,9	.	.	.	.		
Wagengestellung } Bundesbahn	„	„	354,8	344,4	343,4	339,7	352,3	300,2	348,2	352,4	306,4	358,9	290,6	316,1	.	.	.	.		
Zahlungsverkehr																				
Zahlungsmittelumlaf in																				
Westdeutschland u. Westberlin . .	Mill. DM	BSt	8215	8003	7830	7504	8570	10110	9626	9421	9177	10301	9794	9646	.	9156	.	.		
Notenumlauf d. Bank von England . .	£	Mi	1332	1337	1341	1343	1349	1410	1409	1409	1406	1412	1420	1426	1431	1442	.	.		
„ „ Frankreich	Mrd. frs.	Do	1632	1638	1626	1617	1661	1926	1916	1880	1866	1901	1916	1894	.	.	.	.		
„ „ Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	2760	2800	2747	2725	2742	2976	2965	2906	2894	2913	2991	2926	2893	.	.	.		
„ „ Belgisch. Nationalbk.	„ bfrs.	Do	86781	86968	86302	86042	86814	95773	95697	94733	94308	94401	96260	95625	94849	.	.	.		
„ „ Schweizer. „	„ sfrs	BSt	4398	4327	4295	4320	4468	4582	4514	4449	4474	4574	4503	4465	4459	.	.	.		
„ „ Schwedisch. „	„ skr.	„	3409	3303	3326	3371	3535	4024	3874	3752	3734	3965	3825	3843	.	.	.	.		
„ „ Bank von Canada	„ \$	Mi	1337	1345	1342	1341	1344	1412	1416	1415	1413	1415	1425	1434	1436	.	.	.		
Zahlungsmittelumlaf in USA	„ \$	Do	27461	27520	27499	27479	27601	23460	28523	28497	28483	28710	28842	28830	28787	28414	.	.		
Geld- und Kapitalmarkt																				
Bank deutscher Länder																				
Inlandswechsel	Mill. DM	BSt	3125	3032	2943	2946	3257	2686	2605	2422	2308	2642	2600	2530	.	2551	.	.		
Schatzwechsel der Bundesverwaltung	„	„	303	428	354	200	242	134	146	74	2	114	129	170	.	74	.	.		
Lombardforderungen	„	„	870	707	623	497	800	603	371	437	468	785	430	416	.	320	.	.		
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung	„	„	869	800	822	666	1015	779	790	558	465	516	888	392	.	393	.	.		
Forderungen gegen die öfötl. Hand. . .	„	„	5830	5725	5735	5693	5644	5729	5751	5752	5512	5629	5461	5274	.	4888	.	.		
Depositen	„	„	2829	2834	2873	2853	2660	2109	2369	2335	2205	2071	2181	2286	.	2411	.	.		
480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland																				
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken.	„	„	9372	9333	9672	9643	9607	12217	12110	12276	12332	12292	12062	.	.	.	.	.		
Einlagen von Nichtbanken	„	„	12119	12396	12366	12653	12539	15289	15476	15566	15799	15414	15589	.	.	.	.	.		
darunter Spareinlagen.	„	„	2092	2105	2111	2114	2134	2962	2992	3009	3015	3038	3060	.	.	.	.	.		
Berliner Zentralbank																				
Wechsel	„	„	13,2	26,6	41,6	51,6	50,3	99,3	103,0	104,6	137,3	139,5	142,9	148,2	.	155,1	.	.		
Angekaufte Ausgleichsford.	„	„	173,3	174,3	175,8	178,6	178,9	187,9	178,1	178,1	165,1	157,1	155,1	158,5	.	161,8	.	.		
Einlagen insgesamt.	„	„	132,5	153,9	148,9	162,7	155,8	141,8	154,8	135,2	172,0	122,1	143,2	136,3	.	206,7	.	.		
Bank von England																				
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	1345,8	1345,8	1395,8	1395,8	1395,8	1446,7	1446,8	1446,7	1446,7	1446,8	1446,7	1446,7	1446,8	1496,7	.	.		
Forderungen der Bankabteilung . . .	„	„	407,8	407,9	356,0	367,1	367,9	333,5	325,5	328,5	336,8	331,5	327,7	382,9	379,0	330,8	.	.		
Depositen insgesamt	„	„	409,0	403,6	398,1	406,6	401,5	357,6	350,0	353,3	364,9	353,5	341,4	391,1	381,6	372,4	.	.		
Bundes-Reserve-Banken USA																				
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	Do	46944	47090	47828	48716	47624	49212	49459	49795	49585	49192	49630	49694	51378	.	.	.		
darunter: Goldzertifikate	„	„	19880	19883	19884	19879	19868	21412	21412	21410	21418	21426	21426	21419	21416	.	.	.		
„ Regierungspapiere	„	„	22293	22653	22758	22806	22843	22363	22329	22315	22483	22273	22378	22492	22997	.	.	.		
Einlagen insgesamt	„	„	20326	20439	20712	21015	20658	21175	21546	21265	21324	21038	21257	21319	22009	.	.	.		
darunter: Regierungseinlagen	„	„	626	139	129	433	418	450	749	516	384	558	527	507	9	.	.	.		
Zinssätze																				
in Westdeutschland																				
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	% p.a.	Sa	6	6	6	6	6	6	6	6	6	5	5	5	5	5	5	5		
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	„	„	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1		
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungsf.	„	„	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3		
Tagesgeld in London	„	„	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2		
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	„	„	1 1/2-2	1 1/2-2	1 1/2-2	1 1/2-2	1 1/2-2	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5		
Effektenmarkt																				
40/oige Wertpapiere in Westdeutschland																				
Kursniveau, gesamt.	vH	BSt	7,16	7,16	7,06	7,04	7,00	7) 81,62	82,50	81,59	81,56	81,55	81,54	81,36	80,98	.	.	.		
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken	„	„	7,05	7,02	6,84	6,82	6,84	7) 82,47	83,44	82,19	82,18									